

Umweltschutz löst außerdem positive Wachstums- und Beschäftigungsimpulse aus.

Mit einer Forcierung der Ökologisierung könnten somit „mehrere Fliegen mit einer Klappe“ geschlagen werden. Hierbei ist weniger zu denken an die Forcierung des kosten-trächtigen nachsorgenden Umweltschutzes durch end-of-pipe-Techniken und „Reparatur“, sondern vor allem an die Förderung eines von vornherein integrierten Umweltschutzes durch von vornherein umweltfreundliche Verfahren und Produkte. Dies braucht nach allen vorliegenden Erfahrungen – abgesehen vom vermehrten Forschungs- und Entwicklungsaufwand – keineswegs zu höheren Kosten zu führen, hebt aber die Produktion auf ein anspruchsvolleres

Qualitätsniveau, welches zusätzliche Wettbewerbsvorteile verschafft. Ohne die Bereitschaft zur Vorreiterrolle werden die „Pioniergewinne“ und die entsprechenden Arbeitsplätze aber in anderen Ländern anfallen.

Fazit: Arbeitslosigkeit ist kein zwangsläufiges Schicksal, Vollbeschäftigung keine Utopie. Defensive Maßnahmen, wie z. B. die Abschottung von Produkt- oder Arbeitsmärkten oder zwangsweise allgemeine Arbeitszeitverkürzungen, können höchstens kurzfristig helfen. Mittel- und langfristig werden sie die Arbeitsmarktprobleme eher verschärfen. Nur mit mehr Optimismus, mehr Flexibilität und offensiven Maßnahmen werden wir die Zukunft bewältigen und wieder Erwerbsarbeit für alle Erwerbswilligen schaffen.

Wolfgang Klauder

## Ungelöst und explosiv

### Die „albanische Frage“ auf dem Balkan

*Mehr als die Hälfte der Albaner lebt außerhalb ihres seit Anfang des 20. Jahrhunderts unabhängigen Mutterlandes. In Albanien selber hat sich die politische Lage nach den Unruhen im Frühjahr 1997 einigermaßen stabilisiert. Im serbisch beherrschten Kosovo mit seiner albanischen Bevölkerungsmehrheit ist eine tragfähige Konfliktlösung dagegen nicht in Sicht.*

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der südserbischen Provinz Kosovo (alb. Kosova), in deren Verlauf bis Mitte April dieses Jahres mehr als 80 Kosovo-Albaner und mindestens sieben Angehörige der serbischen Spezialeinheiten ums Leben kamen, verweist einmal mehr auf eines der letzten großen ungelösten Probleme auf dem Balkan: die „albanische Frage“. Der Ursprung des Konflikts um die außerhalb von Albanien liegenden albanischen Siedlungsgebiete reicht weit in die Geschichte zurück, wobei die unterschiedlichen Sichtweisen der betroffenen Völker eine eindeutige Abgrenzung des Problems gegenüber anderen Konfliktfeldern auf dem Balkan mitunter erschweren. Mehr als die Hälfte der etwa sieben Millionen Albaner lebt außerhalb des Mutterlandes, wobei – außer in Albanien – lediglich im Kosovo die Albaner die Mehrheit der ortsansässigen Bevölkerung (knapp 90 Prozent) stellen.

Die heutigen Grenzen des Mutterlandes Albanien gehen weitgehend auf Beschlüsse der Londoner Botschafterkonferenz von 1913 zurück, die über das Schicksal der osmanischen Restbesitzungen in Europa befinden sollte. Als letzte europäische Provinz des Osmanischen Reichs war Albanien zuvor vom 1. Balkankrieg (1912) in zweifacher Hinsicht betroffen. In mehreren Aufständen hatte die Bevölkerung vergebens versucht, die staatliche Unabhängigkeit von Konstantinopel zu erlangen. So mußten die Albaner notgedrungen für die Hohe Pforte zu den Waffen greifen, die sich mit den Staaten

des „Balkanbundes“ (Bulgarien, Serbien, Griechenland, Montenegro) im Krieg befand. Gleichzeitig sahen sich die Albaner mit Plänen des Balkanbundes konfrontiert, die nach einem Sieg gegen die Türkei die Aufteilung Albanien unter den Nachbarstaaten vorsahen. In dieser Situation stellte sich für die Albaner daher die Frage des politischen Überlebens.

Am 28. November 1912 trat in Vlora, der einzigen noch nicht von den Truppen des Balkanbundes besetzten Stadt Albanien, ein Nationalkongreß zusammen, der die Unabhängigkeit Albanien proklamierte. Das Gebiet, das die provisorische Regierung beherrschte, reichte jedoch kaum über die Stadtgrenzen Vloras hinaus. Der größte Teil des Landes war von Truppen unterschiedlicher Staaten besetzt, die sich erst nach dem Frieden von London (30. Mai 1913) zurückzogen. Bestandteil des Friedensvertrages war die Schaffung eines selbständigen albanischen Staates, um dessen genaue Grenzziehung auf mehreren Konferenzen zwischen den Kriegsparteien heftig gerungen wurde. Schließlich einigten sich die Beteiligten auf einen Kompromiß, der – anders als der Vorschlag des „Balkanbundes“ – die Gebiete um Shkoda und Korca dem neuen Staat zuwies. Durch die in London vorgenommene Grenzziehung, die das albanische Siedlungsgebiet willkürlich auseinanderriß, geriet der bereits damals mehrheitlich von Albanern bewohnte Kosovo endgültig unter serbischen Einfluß.

Nach dem Ersten Weltkrieg bildeten die Albaner im

„Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ eine unübersehbare Minderheit. Ihre Zahl belief sich nach der Volkszählung von 1921 auf etwa 440 000. Aus Sicht der staatstragenden slawischen Völker handelte es sich bei den Albanern um widerrechtliche Eindringlinge, deren Sprache, Religion (Islam) und patriarchalische Gesellschaftsstruktur sich grundsätzlich unterschied. Von Beginn an war daher die albanische Bevölkerungsgruppe, die keinerlei Minderheitenrechte erhielt, schweren staatlichen Repressalien ausgesetzt. Diese hatten eine umfassende Assimilierung zum Ziel. Da sich die gewünschte Wirkung jedoch nicht einstellte, versuchten die Behörden des Königreichs die Albaner – ohne großen Erfolg – zur Emigration nach Albanien bzw. in die Türkei zu bewegen.

### Der Kosovo als Unruheherd Jugoslawiens

Die italienische und deutsche Besatzung (1941–1944) verbesserte das Los der Albaner im Kosovo nur kurzzeitig. Die bis heute unter den Albanern vereinzelt anzutreffende Verklärung der faschistischen bzw. nationalsozialistischen Besatzungszeit läßt sich primär mit der damaligen Bildung eines Großalbanien erklären. Für die jugoslawischen Kommunisten unter *Josip Tito* stand jedoch der Kosovo nie zur Disposition. Bereits im Januar 1945 erhielt die kleinalbanische Lösung durch einen entsprechenden Vertrag zwischen Jugoslawien und Albanien, das bis zum Bruch von 1948 immer mehr zum Satelliten Belgrads wurde, offiziellen Charakter. Wenige Monate später verabschiedete das serbische Parlament im September 1945 das Gesetz über die Errichtung zweier autonomer Regionen innerhalb Serbiens, der „Autonomen Provinz Vojvodina“ und des „Autonomen Gebiets Kosovo-Metohija“ (Kurzform: „Kosmet“). Von Selbstbestimmungsrechten der dort lebenden Volksgruppen (Ungarn, Albaner) war dabei jedoch nicht die Rede.

Nachdem es im Herbst 1968 im Kosovo sowie in den albanisch besiedelten Gebieten Mazedoniens zu schweren Unruhen gekommen war, führten Verfassungsänderungen 1969 zu einer ersten Statusverbesserung für die Albaner. Aus der „Autonomen Provinz Kosovo und Metohija“ wurde die „Sozialistische Autonome Provinz Kosovo“; gleichzeitig büßte Serbien das Recht zur Schaffung und Auflösung einer autonomen Provinz ein. Mit der neuen Bundesverfassung von 1963 war „Kosmet“ bereits rechtlich der Vojvodina gleichgestellt worden. Die Verfassungsänderungen von 1971 sowie die neue Verfassung von 1974, die Jugoslawien als einen Bundesstaat freiwillig zusammengeschlossener Völker und ihrer Republiken definierte, führten zu einer radikalen Änderung der verfassungsrechtlichen Stellung der beiden Autonomen Provinzen innerhalb der Föderation. Obwohl sie innerhalb des Gefüges der Teilrepublik Serbien verblieben, wurde ihnen die Durchführung von Aufgaben aus dem Zuständigkeitsbereich der Föderation übertragen.

Parallel dazu stieg auch der Anteil der Albaner in den politi-

schen und staatlichen Institutionen Jugoslawiens, Serbiens, Mazedoniens, Montenegros und Kosovos kontinuierlich an, ohne jedoch den Prozentwert ihres Bevölkerungsanteils zu erreichen. Wirtschaftlich blieb der Kosovo das Armenhaus Jugoslawiens, das – trotz umfangreicher Bundeshilfen aus Belgrad – gegenüber dem übrigen Jugoslawien mehr und mehr ins Hintertreffen geriet (Bruttosozialprodukt pro Kopf im Verhältnis zu Slowenien 1965: 1:4,6; 1984: 1:6,1). Im Frühjahr 1981 entluden sich die latenten Spannungen in der Provinz sowie in Westmazedonien erneut in blutigen Unruhen, die in einigen Ortschaften bürgerkriegsähnliche Ausmaße annahmen. Obwohl sich die Protestdemonstrationen an der schlechten wirtschaftlichen Lage in der Provinz entzündet hatten, waren die Forderungen der albanischen Demonstranten primär politischer Natur. Gefordert wurde die Statusumwandlung der Provinz in eine Teilrepublik unter der Bezeichnung „Republik Kosova“ bzw. die Vereinigung aller albanisch besiedelten Gebiete in Jugoslawien zu einem einheitlichen Staatsgebilde.

Für die jugoslawische und serbische Führung kam der Aufstand zum damaligen Zeitpunkt unerwartet. Mit einem überzogenen Einsatz von Polizei- und Militäreinheiten sowie durch die erstmalige Verhängung des Ausnahmezustandes wurden die als „Konterrevolution“ bezeichneten Unruhen niedergeschlagen. Anschließend wurde die Provinz einem „Befriedungsprogramm“ unterworfen, das in der Ausschaltung albanisch-nationalistischer Akteure sowie in verstärkter Wirtschaftshilfe bestand. Die Stabilisierungsmaßnahmen bewirkten jedoch nur wenig: Der Entwicklungsrückstand blieb erhalten und vergrößerte sich sogar, da es der jugoslawischen Führung letztendlich nicht gelang, den Albanern ein überzeugendes sozialintegratives Konzept anzubieten.

Für zusätzliche Beunruhigung in Belgrad sorgte nach den Unruhen die verstärkte *Abwanderung von Serben* aus dem Kosovo. Allein im ersten Jahr nach dem Aufstand verließen 11 000 Serben die autonome Provinz. Zuvor hatte bereits die wesentlich höhere Geburtenrate der Albaner die ethnische Bevölkerungsstruktur Kosovos erheblich verschoben. Hatte das Verhältnis zwischen Albanern und Serben 1961 noch 67,1 : 23,5 betragen, so belief es sich 1981 auf 77,4 : 13,2 während sich die Gesamtzahl der Albaner in Jugoslawien von 1961 bis 1991 um 138 Prozent erhöhte. Analog ging der slawische Bevölkerungsanteil im Kosovo (1961–1981) von 27,5 Prozent auf 14,9 Prozent zurück.

Die Bevölkerungsentwicklung sowie die weiterhin anhaltende Albanisierung des Kosovo verfehlten ihre Wirkung auf die serbisch-nationalistischen Kreise nicht. Anfang 1986 trat die „Serbische Akademie der Wissenschaften und Künste“ mit einem Memorandum an die Öffentlichkeit, das die Umgestaltung Jugoslawiens nach zentralistischen Grundsätzen vorsah, wobei den Serben als dem größten Volk die führende Rolle zufallen sollte. Der Situation „des todgeweichten serbischen Volkes im Kosovo, das von chauvinistischen Albanern einem verderblichen Genozid“ ausgesetzt sei, nahm dabei in der Denkschrift eine zentrale Stellung ein. Zwar distanzieren sich die jugoslawische und serbische

Staats- und Parteiführung zunächst von dem Papier, doch im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens gewannen die nationalistischen Kreise Serbiens zunehmend die Oberhand.

Spätestens seit dem Machtantritt des Serben *Slobodan Milošević*, der im Oktober 1987 den Vorsitz des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens übernommen hatte, stand die Lösung des „Kosovo-Problems“ im serbischen Sinne auf der politischen Tagesordnung. Einen ersten Vorgeschmack des neuen serbischen Hegemoniestrebens lieferte Milošević im Juni 1989 anlässlich des 600. Jahrestages der Schlacht auf dem Amselfeld mit einer emotional-nationalistischen Rede („Wo ein Serbe lebt, ist Serbien“) vor Zehntausenden von Serben im Kosovo. Auf die verstärkten Unabhängigkeitsbestrebungen der Albaner reagierte die serbische Regierung im gleichen Jahr mit der Einführung eines faktischen Okkupationsregimes, dem Slowenien und Kroatien durch den parallel dazu sich vollziehenden Zerfallsprozeß Jugoslawiens auf der Bundesebene nur noch wenig entgegenzusetzen vermochten.

Im März 1990 folgte die politische Gleichschaltung der Provinz, die die faktische Aufhebung des Autonomiestatus bedeutete. Unter massivem Druck Serbiens stimmte das Parlament Kosovos der entsprechenden Verfassungsänderung zu. Wenig später folgte der politischen Entmachtung der Albaner eine Welle von Entlassungen aus Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, der sich im August desselben Jahres die Gleichschaltung der albanischsprachigen Medien sowie die Einführung von serbischen Lehrplänen an den Schulen und an der Universität Pristina anschlossen. Seit dieser Maßnahme boykottieren die albanischen Schüler und Studenten die staatlichen Bildungseinrichtungen der Provinz.

### Noch kein Dialog zwischen Serben und Albanern

Im September 1990 versammelten sich die Abgeordneten des zuvor aufgelösten kosovarischen Parlaments vor den versperrten Türen des Parlamentsgebäudes in der Provinzhauptstadt Pristina und verabschiedeten eine Verfassung, die Kosovo zu einer Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation erklärte. Nachdem sich am 30. September 1991 in einem Referendum die Mehrheit der Albaner für den Verfassungsentwurf ausgesprochen hatte, proklamierten dieselben Abgeordneten am 18. Oktober 1991 die souveräne „Republik Kosova“. Dieser blieb jedoch im Gegensatz zu Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien die internationale Anerkennung verwehrt. Bei den von Serbien für illegal erklärten, aber geduldeten „Parlaments- und Präsidentenwahlen der Republik Kosova“ wurde der Schriftsteller *Ibrahim Rugova* zum Präsidenten der lediglich vom albanischen Parlament in Tirana anerkannten „Republik Kosova“ gewählt.

Weder das neue kosovarische Parlament, in dem Rugovas „Demokratische Liga Kosovos“ (LDK, gegr. 1990) dominierte und dessen Konstituierung die serbischen Behörden

verhindern konnten, noch die in Deutschland gebildete Exilregierung unter Ministerpräsident *Bujar Bukoshi* konnten in der Folge spürbaren Einfluß auf die Geschehnisse im Kosovo nehmen. Ihre Tätigkeit beschränkte sich im wesentlichen auf die Schaffung einer albanischen Parallelverwaltung, deren wesentliche Elemente der Aufbau eines über Privatwohnungen gesteuerten Schul- und Gesundheitssystems sowie die solidarische Hilfe für die Opfer der massiven serbischen Menschenrechtsverletzungen sind.

Dem Konzept der politischen Führung der Albaner um Ibrahim Rugova, durch einen strikten gewaltfreien Widerstand („Gandhi-Kurs“) gegen die „serbische Besatzung“ eine Internationalisierung des Konfliktes herbeizuführen, war in den folgenden Jahren nur wenig Erfolg beschieden. Bei den Bosnien-Verhandlungen von 1995 (Dayton-Abkommen) blieb die Kosovofrage als „internes Problem Serbiens“ ausgeklammert, um so dem serbischen Präsidenten Milošević die Zustimmung zum erzielten Kompromiß zu ermöglichen. Durch die anhaltende serbische Repression, die zunehmende Verelendung breiter Bevölkerungskreise sowie durch den ausbleibenden Erfolg seiner politischen Bemühungen geriet Ibrahim Rugova in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zunehmend unter Druck aus den eigenen Reihen. Zum wichtigsten Gegenspieler Rugovas und der LDK avancierte der Menschenrechtsaktivist *Adem Demaçi* („albanischer Mandela“), der 1997 den Vorsitz der zweitgrößten kosovarischen Partei im Kosovo, der „Parlamentarischen Partei“ (PPK), übernommen hatte.

Die politische Führungsrolle wurde Rugova und der LDK jedoch nicht nur von den legalen kosovarischen Oppositionsparteien (PPK u. a.), die mit der LDK im „Koordinierungsrat der albanischen Parteien im Kosovo“ zumindest partiell zusammenarbeiteten, sondern auch von jenen drei *albanischen Untergrundorganisationen* streitig gemacht, deren Anfänge zum Teil in den siebziger und achtziger Jahren liegen. Internationales Aufsehen erregte besonders die jüngste der drei Organisationen, die „Befreiungsarmee Kosovos“ (UÇK), die sich seit ihrem erstmaligen Auftreten im April 1996 in bislang 46 Kommuniqués zu über 150 Anschlägen auf serbische Einrichtungen und auf „albanische Kollaborateure“ bekannte. Hatte es anfänglich zunächst Zweifel an der Existenz der UÇK gegeben, so sind diese seit dem erstmaligen öffentlichen Auftritt von drei UÇK-Kämpfern anlässlich einer Beerdigung Ende November 1997 ausgeräumt. Als Hochburg der UÇK galt bis Ende Februar 1998 die Region Dreniça, gut fünfzig Kilometer westlich der Provinzhauptstadt Pristina, die zwischen Herbst 1997 und Mitte Januar 1998 von serbischen Sicherheitskräften kaum noch betreten wurde.

Der von der Staatengemeinschaft geforderte Dialog zwischen Serben und Albanern zur Beilegung des Konfliktes kam bis Mitte April 1998 nicht zustande. Während die politische Führung der Albaner um Ibrahim Rugova die Einschaltung eines internationalen Vermittlers verlangt, lehnt die serbische Seite bislang die Hinzuziehung eines ausländischen

Schlichters kategorisch ab. Trotz der angespannten Situation in der Provinz fanden am 22. März 1998 die bereits mehrfach verschobenen turnusgemäßen Parlaments- und Präsidentenwahlen der „Republik Kosova“ statt, aus denen – bei Boykott des Urnengangs durch die wichtigsten Oppositionsparteien – erneut die LDK und Ibrahim Rugova als Sieger hervorgingen.

### In Mazedonien ist die Integration der Albaner weitgehend gelungen

Vergleichsweise gut sind die knapp 480 000 Albaner in das staatliche Gefüge der Republik *Mazedonien* integriert. Mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 23 Prozent stellt die albanische Volksgruppe mit Abstand die größte ethnische Minderheit in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik, die sich am 8. September 1991 für unabhängig erklärte. Dennoch blieb auch den Albanern in Mazedonien bis dato der Status einer staatsbildenden Nationalität in der Verfassung der Republik verwehrt. Die Unabhängigkeit und die Verfassung der jungen Republik hatten daher Vertreter der albanischen Minderheit zunächst abgelehnt und in einem eigenen Referendum im Januar 1992, das von der Regierung in Skopje als illegal betrachtet wurde, die Loslösung ihrer Siedlungsgebiete von Mazedonien propagiert. Die Proklamation einer „Republik Ilirida“, die die albanischen Siedlungsgebiete in Westmazedonien umfassen sollte, scheiterte jedoch. Die erste Volkszählung, die u. a. Aufschluß über den genauen Minderheitenanteil liefern sollte, boykottierten die Albaner mit der Begründung, mit einem Bevölkerungsanteil von 40–50 Prozent hätten sie Anrecht auf eine umfassende Gleichberechtigung. Erst an der zweiten Erhebung vom Sommer 1994, die mit maßgeblicher Unterstützung der EU durchgeführt wurde, beteiligten sich die Albaner. Sie ergab einen albanischen Anteil an der mazedonischen Gesamtbevölkerung von 22,9 Prozent.

Von Anfang an bemühte sich die mazedonische Regierung um die Einbindung der Albaner in die staatlichen und politischen Institutionen des Landes. In der derzeitigen Regierung in Skopje sind fünf Minister albanischer Nationalität. Sie gehören der größeren der beiden albanischen Parteien, der „Partei der demokratischen Prosperität“ (PDP) an. Die Kooperationsstrategie der PDP unter ihrem Vorsitzenden *Abdurrahman Haliti* ist jedoch innerhalb des albanischen Lagers nicht unumstritten.

Einen Konfrontationskurs mit den mazedonischen Behörden verfolgt die „Partei der Demokratischen Prosperität-Albaner“ (PDP-A), die sich 1994 als radikaler Flügel der PDP unter der Führung von *Arben Xhaferi* von der Mutterpartei abgespaltete. Im Juli 1997 ging schließlich die dritte Albaner-Partei, die „Nationaldemokratische Partei“ in der PDP-A auf. Beide Parteien hatten in der Vergangenheit von der Regierung in Skopje vehement die Erweiterung der Rechte für die Albaner in Mazedonien verlangt. Dabei waren sie von

der damaligen Regierung in Tirana unter Staatspräsident *Sali Berisha* unterstützt worden, dessen Regierung hinter den Kulissen die Abspaltung der PDP-A von der Mutterpartei aus taktischen Gründen maßgeblich initiiert hatte.

Die Minderheitenrechte der Albaner in der mazedonischen Verfassung entsprechen internationalem Standard. Albanisch ist Amtssprache in den überwiegend albanischen Gemeinden, albanische Radio- und Fernsehsendungen sind ebenso selbstverständlich wie albanisch als Unterrichtssprache in den Grund- und Oberschulen der betreffenden Gebiete. Die Gleichstellung im öffentlichen Dienst sowie bei der Aufnahme eines Studiums ist durch verbindliche Quoten, die sich an dem prozentualen Bevölkerungsanteil orientieren, weitgehend garantiert. Dennoch ist das Verhältnis zwischen den beiden großen Volksgruppen in Mazedonien nicht ungetrübt. So sorgte die ohne Genehmigung der Behörden im Dezember 1994 von albanischen Nationalisten gegründete „albanische Universität“ in Tetovo (Westmazedonien) für erhebliche Spannungen. Nachdem Mitte Januar 1995 das „Universitätsgebäude“ von Polizeikräften geräumt wurde, werden die etwa 2000 Studenten bis heute in Privatwohnungen unterrichtet.

Weiteren Zündstoff lieferte in der ersten Jahreshälfte 1997 der monatelange „Fahnenstreit“. Dabei ging es um die Frage, ob die (mit der Fahne Albanien identische) Flagge der albanischen Minderheit an öffentlichen Gebäuden in den albanisch besiedelten Gebieten gezeigt werden darf. Das mazedonische Verfassungsgericht entschied letztendlich, daß die bislang geduldete Praxis verfassungswidrig sei, und verlangte die Einholung der albanischen Fahnen. Bei der Umsetzung der gerichtlichen Entscheidung durch die Polizei kam es Anfang Juli 1997 in Gostivar und Tetovo zu blutigen Unruhen, in deren Verlauf drei Albaner getötet wurden.

Vor dem Hintergrund der politischen Spannungen in seiner unmittelbaren Umgebung verdient die politische Entwicklung in *Albanien* besondere Aufmerksamkeit. Zwar zeichnet sich eine Involvierung des kleinen Balkanlandes in den Konflikt um die ehemals autonome jugoslawische Provinz derzeit nicht ab, doch ist Albanien von den Ereignissen insofern betroffen, als das Land bei einer Eskalation des Kosovokonflikts sich mit einer großen Zahl von Flüchtlingen konfrontiert sähe. Diese könnten die labile politische Ordnung des Landes unter Umständen zusätzlich gefährden.

Mit den Wahlen vom 29. Juni 1997 und der Bildung der Koalitionsregierung unter dem Sozialisten *Fatos Nano* ist Albanien nach den Unruhen vom Frühjahr 1997 als politisches Subjekt in die europäische Staatengemeinschaft zurückgekehrt. Auf dem Weg der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung des Balkanlandes, das infolge des Bankrotts unseriöser Anlagefirmen vor einem Jahr für einige Wochen im Chaos versank, sind seitdem Fort- aber auch Rückschritte zu verzeichnen gewesen.

Zum besseren Verständnis der Ereignisse vom Frühjahr 1997 sei auf einige Transformationsprobleme hingewiesen, die sich in Albanien – deutlicher als in anderen ost- und süd-

osteuropäischen Reformstaaten – schon bald nach dem Beginn des politischen Neuanfangs 1991 zeigten. Hierzu zählen das Fehlen demokratischer Erfahrungen und Traditionen, die technologische Rückständigkeit, die mangelnde und zunächst ausbleibende Privatisierung der vollkollektivierten Landwirtschaft, die schwache außenpolitische Position gegenüber Jugoslawien und Griechenland, die Landflucht und damit verbunden die Überbevölkerung besonders Tiranas, die Massenkriminalität als Ergebnis der jahrzehntelangen Unterdrückung und Isolation sowie schließlich der Interessengegensatz zwischen ehemals Verfolgten und Nichtverfolgten des alten Regimes.

### Die Rückkehr Albaniens in die Staatengemeinschaft

Die erwähnten Faktoren führten zu einer höchst widersprüchlichen Entwicklung. Zwar konnte in einigen Sektoren die ökonomische Talsohle erstaunlich schnell durchschritten werden, doch verblieb die industrielle Produktion trotz groß angelegter Privatisierungsvorhaben auf ihrem niedrigen Niveau. Gegenüber der Massenverfolgung in der kommunistischen Zeit konnte Albanien zwar anfangs auf dem Weg zu einem demokratischen Rechtsstaat erhebliche Fortschritte verzeichnen, doch sorgten seit der Regierungsübernahme durch die DP 1992 die zunehmend unkontrollierte Allmacht der Polizei und des neuen Geheimdienstes SHIK international für negative Schlagzeilen. Fester Bestandteil der albanischen Wirtschaft waren zudem seit dem politischen Umbruch 1990/91 die sogenannte „Pyramiden-Gesellschaften“, die sich wie ein Krebsgeschwür über das ganze Land ausbreiteten.

Im Herbst 1996 boten insgesamt neun große Pyramiden-Firmen ihre Dienste an. Bei Mindestanlagen von 50 000 Lek, 500 Mark oder 500 US-Dollar wurden monatliche (!) Zinssätze zwischen 10 und 25 Prozent versprochen. Vor allem im Herbst und Winter 1996 verzeichneten die Anlagefirmen einen unglaublichen Zulauf. Nachdem bereits im September 1996 die Weltbank und der Internationale Währungsfonds die albanische Regierung vor dem Treiben der Anlagefirmen gewarnt hatte, brach dann im November 1996 als erstes großes Unternehmen die Anlagegesellschaft „Grunjasi“ zusammen. Der Konkurs der Anlagefirma mit Sitz in Shkodra läutete zum Jahreswechsel 1996/97 eine ganze Reihe weiterer Firmenzusammenbrüche ein, die gewalttätige Proteste der Bevölkerung zur Folge hatten.

Unter dem Druck der Öffentlichkeit und der anhaltenden Unruhen, die am ersten Märzwochenende 1997 in Vlora und Saranda bürgerkriegsähnliche Ausmaße angenommen hatten, bot Ministerpräsident *Aleksandër Meksi* (DP) am 1. März 1997 Staatspräsident *Sali Berisha* die Demission seiner Regierung an. Dies hinderte den Kardiologen jedoch nicht daran, sich von der albanischen Volksversammlung

zwei Tage später nahezu einstimmig (bei Boykott der Parlamentssitzung durch die Oppositionsparteien) für eine zweite Amtszeit wählen zu lassen. In verschiedenen Städten Albaniens hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits „Bürgerkomitees“ formiert, die zunehmend als lokale Gegenmacht zur Zentralregierung in Tirana auftraten.

Bis zum Ende der zweiten Märzwoche 1997 hatten die Aufständischen, die durch Auflösungserscheinungen der albanischen Armee und durch Plünderungen in den Besitz auch von schwerem Waffenmaterial gelangt waren, zahlreiche Städte in Südalbanien eingenommen. Angesichts der chaotischen Lage im Land hatten sich zu diesem Zeitpunkt unter Vermittlung des OSZE-Sondergesandten *Franz Vranitzky* die zehn wichtigsten politischen Parteien Albaniens auf das sogenannte „Abkommen vom 9. März“ geeinigt. Dieses sah die Abhaltung von Neuwahlen bis Ende Juni 1997 unter internationaler Kontrolle, die Entwaffnung aller Bürger sowie die Bildung einer Regierung der nationalen Versöhnung vor. Zum Regierungschef der Übergangsregierung wurde der bisherige Bürgermeister von Gjirokastra, *Bashkim Fino* (SP), bestimmt. Die Hoffnung, daß sich mit der Bildung der neuen Regierung die Situation entspannen würde, erwies sich jedoch als Trugschluß. Vielmehr setzten die Rebellen ihren Vormarsch auf die Hauptstadt fort, auf die schließlich am 13. März 1997 für wenige Tage die Unruhen übergriffen.

Neben der Vorbereitung der vereinbarten Neuwahlen, die für den 29. Juni 1997 anberaumt wurden, prägten ständige Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem sozialistischen Übergangspräsidenten und Präsident Berisha das politische Klima vor dem Urnengang. Obwohl am 23. Juni 1997 die Vorsitzenden der SP, DP sowie der Sozialdemokraten unter Vermittlung von „Sant’Egidio“ einen „Pakt für die Zukunft Albaniens“ unterzeichneten, in dem sie sich zu einem friedlichen Wahlverlauf verpflichteten, war der Wahlkampf bis zuletzt durch die Behinderung der Bewegungsfreiheit der politischen Kontrahenten auf dem von den jeweils eigenen Parteisympathisanten kontrollierten Territorium gekennzeichnet.

Bei einer Wahlbeteiligung von 70,3 Prozent (erster Wahldurchgang) erreichten die Sozialisten unter Einbeziehung der erforderlichen Nachwahlen in einigen Wahlkreisen (Stichwahlen) einen Stimmenanteil von 52,8 Prozent (1996: 20,4 Prozent) sowie 101 Mandate (1996: 10) in der insgesamt 155 Sitze zählenden Volksversammlung. Die DP fiel auf 25,7 Prozent (1996: 55,5 Prozent) und 24 Abgeordnete (1996: 122) zurück. Insgesamt schafften zwölf Parteien und drei unabhängige Kandidaten den Einzug in die Volksversammlung.

Während Staatspräsident Berisha sich mit seinem für den Fall einer DP-Wahlniederlage angekündigten Rücktritt bis einen Tag vor der Konstituierung des neuen Parlaments am 24. Juli 1997 Zeit ließ, trat der DP-Vorsitzende *Tritan Shehu* bereits kurz nach dem zweiten Wahlgang von seinem Posten zurück. Für das vakante Amt des Staatspräsidenten nominierten die Sozialisten ihren bisherigen Generalsekretär

*Rexhep Mejdani*, der nach der erfolgten Wahl in das höchste Staatsamt seinen Parteifreund und Vorsitzenden der SP, *Fatos Nano*, mit der Regierungsbildung beauftragte. Dieser stellte am 25. Juli 1997 sein Kabinett vor, das 22 Mitglieder aus fünf Parteien (SP, Sozialdemokraten, Demokratische Allianz, Agrarpartei sowie Partei der Menschenrechte) sowie einen parteilosen Minister (Justiz) umfaßt. In der neuen Koalitionsregierung und Staatsführung begann bald nach dem Amtsantritt der neuen Ressortchefs eine umfassende personelle Erneuerung der Ministerien und der Streitkräfte mit eigenen Gefolgsleuten.

Einen herben Rückschlag erlitten die Konsolidierungsbemühungen der neuen Regierung durch zwei Ereignisse in Shkodra, die das angespannte innenpolitische Klima weiter verschärfen. So rebellierten Angehörige der örtlichen Polizeikräfte Ende Januar 1998 gegen ihren neuen Polizeichef *Mithat Havari*, der am 5. Januar 1998 von der sozialistischen Regierung mit der Führung der Sicherheitskräfte in der als DP-Hochburg bekannten nordalbanischen Stadt betraut worden war, und nahmen den Polizeioberst, dessen Ablösung sie forderten, als Geisel. Gut einen Monat später entluden sich Ende Februar 1998 die latenten Spannungen in der Stadt erneut und weiteten sich nach einem Überfall von bewaffneten Banden auf staatliche Einrichtungen in der Stadt zu mehrtägigen Unruhen aus.

## Die albanischen Minderheiten in Montenegro und Italien

Wenig internationale Beachtung fanden bislang die Autonomiebestrebungen der knapp 50 000 Albaner in *Montenegro*, die an der Grenze zu Albanien leben. In der jugoslawischen Teilrepublik, die zusammen mit Serbien seit 1992 die *Bundesrepublik Jugoslawien* bildet, stellen die Albaner einen Bevölkerungsanteil von gut sechs Prozent. Die beiden führenden albanischen Organisationen, die „Demokratische Liga Montenegros“ sowie die „Demokratische Union der Albaner“, hatten bereits im September 1992 in einem Memorandum einen speziellen Status für die Albaner in Montenegro sowie eine lokale Autonomie für die Region Ulqini (Ulcinj) gefordert.

Im Gegensatz zur benachbarten serbischen Provinz Kosovo verzichteten die Albaner in Montenegro bislang auf die Schaffung einer Parallelverwaltung. Die Bürgermeister einiger überwiegend albanisch besiedelten Ortschaften der Teilrepublik sind albanischer Nationalität, und der Unterricht in den Grundschulklassen in den betreffenden Gebieten findet auf albanisch statt. Kaum Aussicht auf Erfolg haben auch die Autonomieforderungen der Albaner im *Sandshak* sowie die Bemühungen der albanischen Minderheit in *Südserbien* (Siedlungen in Bujanovac, Medvegja und Preševo), die den Anschluß ihrer Gebiete an den Kosovo fordern.

Mit etwa 100 000 Angehörigen bilden die seit dem 16. Jahr-

## Neuerscheinungen

Heinz Hürten

### Spiegel der Kirche - Spiegel der Gesellschaft ? Katholikentage im Wandel der Welt

Vier Essays aus Anlaß des 150. Jahrestages der »Ersten Versammlung des katholischen Vereines Deutschlands« vom 3.-6. Oktober 1848 zu Mainz  
1998. 148 Seiten, kart., DM 19,80/öS 145,-/sFr 17,80 ISBN 3-506-74007-5

Peter Hünemann (Hrsg.)

### Programm und Wirkungsgeschichte des II. Vatikanums

Band 1

#### Das II. Vatikanum - Christlicher Glaube im Horizont globaler Modernisierung

Herausgegeben von *Peter Hünemann*  
1998. 272 Seiten, kart., DM 78,-/öS 569,-/sFr 69,50 ISBN 3-506-73761-9

Band 2

#### Antimodernismus und Modernismus in der katholischen Kirche

Beiträge zum theologiegeschichtlichen Vorfeld  
des II. Vatikanums

Herausgegeben von *Hubert Wolf*  
1998. 400 Seiten, kart., DM 108,-/öS 788,-/sFr 96,30 ISBN 3-506-73762-7

### Kirche und Katholizismus seit 1945

Herausgegeben von *Erwin Gatz*

#### Band 1: Mittel-, West- und Nordeuropa

1998. ca. 320 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag,  
ca. DM 78,-/öS 569,-/sFr 69,50 ISBN 3-506-74460-7

Klemens-August Recker

»Wem wollt ihr glauben?«

#### Bischof Berning im Dritten Reich

1998. 544 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag,  
DM 68,-/öS 496,-/sFr 60,80 ISBN 3-506-77055-1

Josef Wohlmuth (Hrsg.)

#### Emmanuel Levinas

Eine Herausforderung für die christliche Theologie

1998. ca. 300 Seiten, kart.,  
ca. DM 58,-/öS 423,-/sFr 51,80 ISBN 3-506-79801-4

Alexander Lohner

#### Der Tod im Existenzialismus

Eine Analyse der fundamentaltheologischen,  
philosophischen und ethischen Implikationen

1998. 308 Seiten, kart., DM 68,-/öS 496,-/sFr 60,80 ISBN 3-506-75245-6

Wolfgang Braungart/Gotthard Fuchs/Manfred Koch (Hrsg.)

### Ästhetische und religiöse Erfahrungen der Jahrhundertwenden

Band I: um 1800

1997. 232 Seiten, kart., DM 78,-/öS 569,-/sFr 69,50 ISBN 3-506-72200-X

Schöningh

Postfach 2540 • D-33055 Paderborn

hundert ansässigen *Arbëreshen* (Italo-Albaner) die stärkste fremdsprachige Bevölkerungsgruppe in Süditalien und auf Sizilien. Im Gegensatz zum französischsprachigen Aostatal sowie Südtirol verfügen die Arbëreshen über kein geschlossenes Siedlungsgebiet und auch über keine kulturelle Autonomie. Ihre Dörfer liegen, mit räumlichen Schwerpunkten, über ganz Kalabrien und Sizilien verstreut. Pilotprojekte zur Einführung eines muttersprachlichen Schulunterrichts kamen bislang über das Versuchsstadium nicht hinaus. Die Arbëreshen, die noch heute ein mittelalterliches Albanisch sprechen, nehmen innerhalb der katholischen Kirche eine Sonderstellung ein. So feiern sie ihre Gottesdienste nach dem orthodoxen Ritus, ohne dabei den Status einer mit Rom unierten Kirche zu besitzen.

Über die genaue Zahl der Albaner in *Griechenland* liegen keine verlässlichen Angaben vor. Ihre Zahl soll vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Tirana

(1990/91) und des daraufhin einsetzenden Flüchtlingsstroms zwischen 30 000–50 000 Personen betragen haben. Da Athen den Albanern, die im 13. und 14. Jahrhundert ins heutige Griechenland einwanderten, bis heute die Anerkennung als nationale Minderheit verweigert, sind diese einem starken Assimilierungsdruck ausgesetzt. Ähnliches läßt sich auch über die Albaner in der *Türkei* sagen. Im Osmanischen Reich galt Konstantinopel als Zentrum albanisch-politischer Aktivitäten. Führende Köpfe der albanischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts hatten an der Stadt am Bosphorus ihre Ausbildung erhalten. In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts fanden schließlich zahlreiche Albaner, die aus dem Kosovo, Mazedonien und aus Nordgriechenland (1923) vertrieben worden waren, in Istanbul und in Anatolien eine neue Heimat. Noch 1960 gaben bei einer Erhebung im Istanbul Stadtviertel Atmeydan 12 000 Personen (1935 : 23 000) Albanisch als ihre Muttersprache an. *Stephan Lipsius*

## Religion entdecken

### Vielfältige religiöse Spuren in der Gegenwartskultur (II)

*Im ersten Teil seines Beitrags (HK, April 1998, 197 ff.) über Spuren des Religiösen in unserer säkularen Gesellschaft widmete sich Arno Schilson schwerpunktmäßig der Religion im Medium Fernsehen. Hier nun die Fortsetzung dieser Spurensuche, bei der es in Auswertung einschlägiger Veröffentlichungen vor allem um den Film und die Musikszene geht.*

Für das breite Feld einer sowohl kirchlich als auch theologisch einschlägigen Befassung mit dem Medium des Films erschließt das wertvolle, in seiner Art einzigartige Lexikon „Religion im Film“ (Lexikon mit Kurzkritiken und Stichworten zu 1200 Kinofilmen. Köln. 2. Aufl. 1993), verantwortet vom Katholischen Institut für Medieninformation, erste Einblicke. Die stichwortartige Anordnung und knappe Beschreibung von immerhin mehr als 1200 Kinofilmen können als erste Information hilfreich sein, doch vermögen sie die subkutan religiösen Gehalte zahlreicher sonstiger Filme wohl kaum hinreichend einzubeziehen.

Dennoch bleibt es hilfreich, wenn etwa zu „Babettes Fest“ als stichwortartige Hinweise zum religiösen Kontext zu lesen steht „Frömmigkeitsstile/Volksfrömmigkeit, Glaubensinhalte nicht-katholischer Konfessionen, Kirchen der Reformation, Sinn des Lebens“ (37) – auch wenn hier die zentrale Mahlthematik und deren krypto-religiöse Dimension unzulänglich berücksichtigt wird. Ausführliche erschließende Register sowie einschlägige Hinweise zu den jeweiligen Filmen machen dieses Buch zu einem unverzichtbaren Nachschlagewerk im Sinne einer ersten Orientierung und laden zugleich zu weiteren eigenen Nachforschungen ein. Ähnliches gilt für den Report über „50 Jahre ‚film-dienst‘“.

Ein Beispiel für das Verhältnis von Kirche und Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“, den *Thomas Schatten* verantwortet (Eigenverlag, Leipzig 1997; Katholisches Institut für Medieninformation, Köln 1997). Unabhängig von aller Einzeldarstellung der einschlägigen Geschichte und Rezeption bleibt hier festzuhalten, daß der „film-dienst“, eine anerkannte katholische Filmfachzeitschrift, „seit Jahrzehnten durch sein filmästhetisches wie auch durch sein medienethisches Engagement einen für die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland bedeutenden Beitrag leistet und über eines der beliebtesten Kommunikationsthemen, nämlich die Kunst- und Unterhaltungsform Film, den Dialog zwischen Kirche und Welt auf seinem Sektor ausgesprochen lebendig erhält“ (240).

#### Die Nähe des Films zur Sphäre des Religiösen

Genau um diesen Dialog geht es auch zwei Publikationen neueren Datums auf evangelischer Seite. Die erste dokumentiert ein ambitioniertes und längerfristiges Projekt, nämlich die Filmgespräche an der Evangelischen Akademie in Arnoldshain, samt entsprechendem Umfeld. Unter dem Ti-